

Flucht aus Syrien

Susanne Schmelter hat an der Philipps-Universität Marburg Friedens- und Konfliktforschung studiert und war 2009/10 zu Zwecken der Forschung in Syrien. (aus redaktionellen Gründen gekürzt)



Die dramatische Situation von Flüchtlingen in Syrien und syrischen Flüchtlingen in der Region

Fast eineinhalb Jahre nach Beginn der Proteste gegen das syrische Baath Regime sind [Mitte August] circa 170.000 Menschen in die Nachbarländer Türkei, Jordanien, Libanon und Irak geflohen (am 23.11.2012 zählt UNHCR 440.000 registrierte syrische Flüchtlinge). Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr sind weitgehend zerschlagen. Versorgungsengpässe und ein drohendes Übergreifen des Konfliktes lassen die Flüchtlinge nur bedingt Schutz und Sicherheit in den Nachbarländern finden.

In Syrien lebenden irakischen und palästinensischen Flüchtlingen stehen die Wege in die Nachbarländer meistens nicht offen. Durch die zunehmende Ausweitung des Bürgerkrieges schwinden außerdem Schutzorte für Binnenflüchtlinge. Die Europäische Union sendet Finanzhilfen, setzt an den Grenzen aber bisher wie gewohnt auf Abschottung und plädiert für eine „regionale Lösung“ der Flüchtlingskrise.

Anstieg der Flüchtlingszahlen

Seit Beginn des Aufstandes gegen das Regime von Bashar al-Assad sind die Flüchtlingszahlen ständig gestiegen. Die Schutzsuchenden kamen lange Zeit in großer Mehrheit aus den stark vom Krieg betroffenen Städten Homs, gefolgt von Dara'a, Idleb und Hama. Als im Juli 2012, mit Beginn des Fastenmonats Ramadan, die Kämpfe auch Damaskus und Aleppo erreichten, wurden erneut zehntausende Menschen zur Flucht gezwungen, darunter auch Binnenvertriebene, die zuvor in Aleppo und Damaskus Zuflucht gesucht hatten.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) zählt [im November 440.000 registrierte] Flüchtlinge in den Nachbarländern Türkei, Jordanien, Libanon und Irak. Die tatsächliche Zahl der Flüchtlinge übersteigt diese Zahl aber wahrscheinlich deutlich, da nicht alle beim UNHCR in Erscheinung treten und aus eigenen Mitteln bzw. bei Verwandten in den Nachbarländern leben. Die Zahl der Binnenvertriebenen wird [Mitte August] vom Syrischen Arabischen Halbmond auf 1.5 Millionen geschätzt.

Bisher kostete der Krieg weit über 22.000 Personen das Leben. Über die

Bedrohung durch die Gewalteskalation hinaus hat sich die Versorgungslage im Land drastisch verschlechtert und geschätzte drei Millionen SyrerInnen sind durch Lebensmittelknappheit bedroht. Die meisten Menschen flohen vor der exzessiven Gewalt, mit der das Regime versucht, Proteste niederzuschlagen und seine Gegner zum Schweigen zu bringen. Entsprechend sind unter den syrischen Flüchtlingen hauptsächlich Angehörige der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit. Mit der zunehmenden Bewaffnung der Aufständischen und der damit einhergehenden Ausweitung des Bürgerkrieges ist jedoch davon auszugehen, dass auch verstärkt Angehörige von Minderheiten fliehen werden. Mit circa 11 und 10 Prozent sind Alawiten und Christen die größten Minderheiten in Syrien. Außerdem war Syrien ein wichtiges Zufluchtsland für Flüchtlinge in der Region. Ihre Aussichten anderswo in der Region Schutz zu finden sind äußerst prekär.

Türkei

In der Türkei sind über 60.000 syrische Flüchtlinge registriert. Sie erhalten dort einen temporären Status – dies allerdings nur, wenn sie in einem der Flüchtlingslager in den grenznahen Provinzen bleiben. Die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien, die auf irregulärem Weg oder einfach mit einem freien Drei-Monats-Visum in die Türkei eingereist sind, wird auf mehrere Tausend geschätzt. Die Türkei schiebt bis jetzt keine Syrer ab, lässt ihnen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis jedoch nur die Option, sich in einem der Lager zu registrieren. Diese werden vom halbstaatlichen Türkischen Roten Halbmond verwaltet. Nichtregierungs- und internationale Organisationen haben keinen Zugang zu den Camps, so dass die Situation vor

„Mitten in der Wüste leiden sie unter extremen Temperaturen, staubigen Wüstenwind, Wasserknappheit sowie der Gefahr durch Schlangen und Skorpionen.“

Ort nicht unabhängig überprüft werden kann.

Mit Verweis auf den temporären Flüchtlingschutz, den der türkische Staat gewährt, führt der UNHCR selbst keine Flüchtlingsfeststellungsverfahren bei Schutzsuchenden aus Syrien durch und hat das Resettlement für diese Flüchtlingsgruppe eingestellt.

Die Türkei hatte schon frühzeitig die Errichtung von Schutzzonen, so genannter »safe havens«, auf der syrischen Seite der Grenze ins Gespräch gebracht. »Safe havens« wurden mit internationaler Unterstützung 1991-2003 im Nordirak durchgesetzt. Die Errichtung einer solchen Schutzzone käme aber einer Militärintervention gleich, die unabsehbare Folgen haben könnte.

Jordanien

In Jordanien sind über 45.000 syrische Flüchtlinge beim UNHCR registriert. Regierungsangaben zu Folge beläuft sich ihre Zahl aber auf 150.000. Zuletzt nahm Jordanien geschätzte 450.000 IrakerInnen auf, von ihnen erhalten weiterhin circa 30.000 Unterstützung vom UNHCR. Das Königreich zeigt sich – obwohl u.a. die Infrastruktur und die Wasserversorgung stark belastet sind – auch gegenüber den SyrerInnen relativ aufnahmebereit. Als »Gäste« kamen sie großteils in der Hauptstadt Amman und der nördlich gelegenen Stadt Irbid unter. Seitdem die Flüchtlingszahlen jedoch in den vergangenen Monaten rapide anstiegen, wurden zunehmend Transitcamps im Norden des Landes errichtet. Im Juli 2012 wurde in Zataari, nahe der Stadt Mafraq, das erste offizielle Flüchtlingslager für die Schutzsuchenden aus Syrien eröffnet. Bisher kamen in dem Lager, das für circa 20.000 Personen ausgelegt ist, etwa 6.000 Menschen unter. Zwar sind sie nicht mehr unmittelbar durch Gewalt bedroht, die

Bedingungen in dem Lager verschaffen ihnen jedoch kaum Erleichterung: Mitten in der Wüste leiden sie unter extremen Temperaturen, staubigem Wüstenwind, Wasserknappheit sowie der Gefahr durch Schlangen und Skorpione. Bisher lässt Jordanien seine Grenzen für syrische Staatsangehörige weiter geöffnet, mit dem Camp wird aber die bisherige Bewegungsfreiheit für syrische Flüchtlinge im Land aufgehoben.

Libanon

In den Libanon sind nach UNHCR-Angaben knapp 50.000 Personen aus Syrien geflüchtet. Hauptsächlich kommen sie bei Gastfamilien und in Sammelunterkünften in Städten und Dörfern im Norden des Landes und der Bekaa-Ebene unter. Mit der Ausweitung der Krise ist die Präsenz der Flüchtlinge jedoch auch zunehmend in Beirut wahrnehmbar. Die libanesische Regierung lässt lokalen und internationalen Hilfsorganisationen beim Engagement für die Belange der Flüchtlinge weitgehend freie Hand. Als kleines und gesellschaftlich tief gespaltenes Land hat die Zedernrepublik allerdings nur begrenzte Aufnahmekapazitäten. Seit Mai 2012 mehrten sich vor allem in Tripoli die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Assad-Anhängern und -Gegnern. Der syrische Konflikt trifft auf Spannungen in der libanesischen Gesellschaft, die mit Ende des libanesischen Bürgerkrieges (1990) nicht aufgelöst wurden und nach wie vor ein großes Konfliktpotential bergen. Das ohnehin sehr instabile Land kann daher sehr leicht von einem »conflict spill-over« erfasst werden und bietet den Flüchtlingen aus Syrien somit nur bedingt Schutz.

Irak

Im kurdisch-verwalteten Norden des Irak finden syrische Flüchtlinge bereits

seit Beginn der Unruhen Schutz. Dort haben sich in den Provinzen Dohuk, Erbil und Suleimanya über 10.000 syrische KurdInnen beim UNHCR registrieren lassen.

Von ihnen leben über 2.000 in einem offenen Flüchtlingszeltlager in der Provinz Dohuk. Mit der Registrierung in diesem Camp können die Flüchtlinge eine sechsmonatige Aufenthaltsgenehmigung und damit auch freien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen erhalten. In Erbil, Suleimanya und anderen Teilen der Provinz Dohuk kommen sie meist bei Familienmitgliedern oder der lokalen Bevölkerung unter.

Die syrischen KurdInnen werden in irakisch Kurdistan solidarisch aufgenommen. Unter den KurdInnen gibt es zwar verschiedene politische Fraktionen, im Allgemeinen haben die Entwicklungen in Syrien aber wieder Hoffnungen auf einen kurdischen Staat bzw. auf ein weiteres kurdisches Autonomiegebiet geweckt. So bildet die kurdische Regionalregierung im Nordirak denn auch syrische KurdInnen aus, um sie zu befähigen, nach dem Fall von Bashar al-Assad ihr Land zu verteidigen.

Die irakische Regierung in Bagdad öffnete erst am 24. Juli 2012 die Grenze für syrische Flüchtlinge. Seitdem haben circa 5.000 Schutzsuchende aus Syrien die Grenze – hauptsächlich bei der Ortschaft Qa'im – überquert. Obwohl die meisten der Flüchtlinge Verwandte in der Region haben, ist die irakische Regierung sehr restriktiv, was ihre Weiterreise im Land betrifft. Ohne Bürgschaft der Verwandten müssen sie in einem Flüchtlingslager bei den Grenzübergängen al-Qa'im, Rabia'a oder al-Walid bleiben.

Schwindender Schutz für irakische und palästinensische Flüchtlinge in Syrien

Für IrakerInnen und PalästinenserInnen, die bisher als Flüchtlinge Zuflucht in Syrien gefunden hatten, gilt in den Nachbarländern keine Visafreiheit. Während inzwischen viele IrakerInnen trotz der explosiven Sicherheitslage im Irak in ihre Heimat zurückkehren, haben die PalästinenserInnen oftmals gar keinen Ausweg.

Ende Mai 2012 waren beim UNHCR Syrien immer noch rund 87.000 irakische Flüchtlinge registriert. Sie leben als „urban refugees“ großteils im Ballungsraum von Damaskus. Gegenüber den irakischen Flüchtlingen zeigte sich Syrien in der Vergangenheit sehr aufnahmebereit und erlaubte ihnen die Einreise unabhängig von Religion oder gesellschaftlichem Hintergrund. Trotz prekärer Lebensbedingungen leben sie mehrheitlich schon über fünf Jahre im Land.

Laut einer Umfrage des UNHCR Syriens im Februar 2012 weniger als fünf Prozent der registrierten Iraker innerhalb der nächsten zwölf Monate dauerhaft in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Zwischen dem 18. Juli und dem 15. August 2012, seit die Kampfhandlungen Damaskus erreichten, flohen jedoch bereits 26.821 IrakerInnen zurück in ihr Heimatland.

Die Sicherheitslage im Irak ist nach wie vor gefährlich: Allein im Juli 2012 verloren 325 Menschen durch Anschläge und Bomben ihr Leben.

Die Vertretung des UNHCR in Irak gab an, dass die Resettlement-Anträge von IrakerInnen, die aufgrund der Sicherheitslage Syrien verlassen mussten, nicht, wie sonst bei einer Rückkehr üblich, verfallen, sondern bei einer Wiederkehr nach Syrien weiter bearbeitet werden können.

„Deutschland hat die Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen versprochen!“

Der Konflikt in Syrien würde von ihr mit Priorität behandelt, erklärte am 16. November 2012 die EU-Kommissarin für Humanitäre Hilfe, Kristalina Georgieva, in Zypern. Die Innenminister Europas diskutierten derzeit, wie mit dem Zugang von syrischen Flüchtlingen in europäische Staaten wie u. a. Zypern und Griechenland umgegangen werden solle. Deutschland und Schweden hätten versprochen, 5.000 und 2.500 syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

Quelle: www.cyprus-mail.com 17. November 2012

Außerdem leben circa 500.000 palästinensische Flüchtlinge in Syrien. Sie sind weitgehend lokal integriert, haben jedoch keine Staatsangehörigkeit. Bei verschiedenen Konflikten in der Region zeigte sich, dass PalästinenserInnen wegen ihrer Staatenlosigkeit besonders gefährdet sind. So verweigerten zuletzt Syrien und Jordanien palästinensischen Flüchtlingen aus dem Irak die Einreise, und sie mussten bzw. müssen – bis sie mit Hilfe des UNHCR in einen Drittstaat ausreisen dürfen – unter äußerst schwierigen Bedingungen in Camps im irakisch-syrischen bzw. im irakisch-jordanischen Grenzgebiet leben.

Die PalästinenserInnen, die eine Gefährdung ihrer Stabilität und Existenz in Syrien befürchteten, wenn sie in die Auseinandersetzungen hineingezogen würden, bemühten sich um politische Zurückhaltung. Die palästinensischen Camps wurden jedoch u.a. wegen ihrer geographischen Lage, wegen Provokationen durch das Regime und wegen der Aufnahme von Binnenflüchtlingen zunehmend in den Konflikt hineingezogen. Auch der größte palästinensische Damaszener Stadtteil, Yarmouk, ist seit Mitte Juli unter Beschuss. Geschätzte 225.000 PalästinenserInnen sind mittlerweile direkt von dem Konflikt betroffen. Die Risiken und Chancen einer gefährlichen Flucht abwägend, sehen sie sich oft gezwungen, trotz der Gewalteskalation zu bleiben: An der jordanischen Grenze werden immer wieder PalästinenserInnen abgewiesen und diejenigen, die nach Jordanien einreisen konnten, dürfen sich nicht frei im Land bewegen. Bisher sind circa 300 palästinensische Familien von Syrien in den Libanon geflohen, wo sie meistens in den bereits existierenden palästinensischen Lagern unterkommen. Die palästinensischen Flüchtlinge fallen in der Regel unter das Mandat der UNRWA [United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East]. Bei der Beantragung von Unterstützung bleiben ihre Anträge jedoch oft in einem bürokratischen Dickicht stecken, da die Zuständigkeiten für die Neuankömmlinge noch nicht ausreichend geklärt sind.

Antworten der EU

Der Blick auf Syriens Nachbarländer zeigt, dass deren Aufnahmekapazitäten begrenzt sind. Diese Länder bei der Flüchtlingsaufnahme zu unterstützen

ist essentiell, damit sie wenigstens die Grundversorgung und menschenwürdige Unterkünfte für die Flüchtlinge bereitstellen können.

Europa und Deutschland gewähren Finanzhilfen für die Nachbarstaaten und setzen ansonsten wie üblich auf die sogenannte Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme – „heimatnahe Unterbringung“ nennt das Entwicklungsminister Niebel. Angesichts der katastrophalen Entwicklungen wirken solche Worte jedoch wie eine Realitätsverkennung. Ein schnelles Ende des Konfliktes in Syrien ist leider nicht in Sicht und die Nachbarstaaten sind schon jetzt mit der Flüchtlingsaufnahme überlastet. Die EU sollte Antworten parat haben um dieser humanitären Notlage angemessen zu begegnen.

Ob die EU aus der irakischen (2003 bis heute) und der libyschen (seit 2011) Flüchtlingskrise gelernt hat, ist jedoch sehr fraglich. Im Falle der irakischen Flüchtlinge leistete die EU nur zögerlich Hilfe: So wurden von über 100.000 Resettlement-Plätzen, die westliche Staaten für irakische Flüchtlinge in der Region bereitstellten, nur 10.000 von der EU angeboten. Im Sommer 2011 schaute die EU tatenlos zu, wie mehr als 1.600 Schutzsuchende aus Libyen auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertranken. Die Fluchtwege über das Mittelmeer sind weitgehend abgeriegelt und auch die türkisch-griechische Grenze wird mit Hilfe der Grenzschutzagentur Frontex immer stärker bewacht.

Im Jahr 2011 wurden in den 27 Mitgliedsstaaten der EU 6.725 Asylsuchende aus Syrien registriert – knapp 2.500 Asylgesuche mehr als 2010. Davon wurden 1.490 Asylanträge im Jahr 2011 in Deutschland gestellt. In der ersten Hälfte des Jahres 2012 stieg die Zahl der Asylanträge von Menschen aus Syrien alleine in Deutschland auf 2.246 an. In Deutschland wurde im Mai 2011 zwar ein Abschiebestopp nach Syrien verhängt, die Bundesregierung weigert sich jedoch, das bestehende Rückübernahmeabkommen mit dem Assad-Regime aufzukündigen.

